

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 2. Sitzung des Klima- und Nachhaltigkeitsausschusses am Dienstag, den 24.06.2025 im Großen Sitzungssaal, Neues Rathaus

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 18:22 Uhr

ANWESEND:

- VORSITZENDER -

Dr. Christian Moser

- MITGLIEDER -

Anita Goller

Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Thomas Hartmann

Christian Heilmann-Tröster

Anton Holler

Christian Kilger

Alfred Ortmann

Yvonne Pletl-Schäfer

bis 17:40 Uhr

Tim Rothenwöhrer

Harald Schiller

Ewald Tremel

- SCHRIFTFÜHRERIN -

Theresa Hiendl

- VERWALTUNGSREFERENTEN -

Klaus Busch

Robert Schneider

Christoph Strasser

Stefan Stricker

Ulrike Watzek

- GÄSTE -

Elena Gehlich
Florian Laumbacher
Katrín Schreiber
Robin Spindler

Energieagentur Regensburg
Energieagentur Regensburg
Deggendorfer Zeitung
Energieagentur Regensburg

ABWESEND:

- MITGLIEDER -

Prof. Dr. med. Peter Schandelmaier entschuldigt

TAGESORDNUNG:

1. Bekanntgaben

2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 19.03.2025 (1. Sitzung)

3. Beantwortung der Anfrage vom 19.03.2025 zu den Fällungen der Weiden am Bogenbach;
hier: Vorstellung Baumpflegekonzept und Stellungnahme
Sachgebiet 41

4. Kommunale Wärmeplanung;
Vorstellung des aktuellen Sachstands und der Bestandsanalyse
Sachgebiet 41

5. Stechmückenbekämpfung in Deggendorf
Sachgebiet 41

6. Anfragen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, erklärt, dass frist- und formgerecht geladen wurde, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Einwände gegen die vorliegende TO werden nicht erhoben.

TOP 1 Gegenstand:
 Bekanntgaben

Folgende öffentliche Bekanntmachungen liegen in der Sitzung auf:

Bekanntgabe zu Kompensationsmöglichkeiten des THG-Ausstoßes

TOP 2 Gegenstand:
 Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 19.03.2025 (1. Sitzung)

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wurde den Stadtratsmitgliedern mit Ladung zur heutigen Sitzung in das Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt. Einwendungen wurden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht erhoben.

TOP 3 Gegenstand:
 Beantwortung der Anfrage vom 19.03.2025 zu den Fällungen der Weiden am
 Bogenbach;
 hier: Vorstellung Baumpflegekonzept und Stellungnahme

Herr Schneider von der Stadtgärtnerei hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser bedankt sich für die Ausführungen bei Herrn Schneider. Er betont, dass sich die Stadt Deggendorf intensiv mit der Fällung von Bäumen auseinandersetzt. Des Weiteren verdeutlicht er, dass die tägliche Arbeit der Stadtgärtnerei im Bereich der Baumpflege maßgeblich zur Sicherheit der Bürger beiträgt – auch wenn diese Arbeit im Gegensatz zu den Bepflanzungen an den Kreisverkehren von der Bevölkerung weniger wahrgenommen wird.

Herr StR Heilmann-Tröster spricht seinen Dank aus und betont, dass die Stadtgärtnerei Bäume nicht grundlos fällt, sondern nur dort, wo es notwendig ist, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Er begrüßt es, dass die Stadt Deggendorf ein Baumkataster angelegt hat, das durch Herrn Schneider gepflegt wird. Herr StR Heilmann-Tröster regt an, das städtische

Baumkataster online zugänglich zu machen, da dies aus seiner Sicht für die Bürger sehr interessant sei. Er erhofft sich dadurch ein größeres Verständnis für die Fällungen. Zudem wünscht er sich mehr Informationen über bevorstehende Fällarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser erwidert, dass die Stadt Deggendorf Baumfällungen medial begleitet und versucht, diese an die Presse weiterzugeben. Er stellt klar, dass es sich bei der Baumpflege um die tägliche Arbeit des Bauhofs und der Stadtgärtnerei handelt und eine ständige Berichterstattung deren Arbeitsabläufe stören würde.

Herr StR Ortmann hat keinen Zweifel daran, dass Herr Schneider und der Baumkontrolleur Herr Buchner gute Arbeit leisten. Er erkundigt sich, warum die Kopfweiden im Stadtpark niedriger zurückgesetzt wurden als jene an der Donau, die aus Gründen des Hochwasserschutzes auf 2,00 Meter zurückgeschnitten wurden. Zudem möchte Herr Ortmann wissen, was mit dem abgeschnittenen Holz geschieht. Außerdem bittet er um Auskunft zu einer Linde im Stadtpark, die auf 4,00 Meter zurückgesetzt wurde.

Herr Schneider erklärt, dass die beschädigten Stellen der Weiden am Bogenbach sehr weit unten am Stamm lagen, weshalb nicht mehr vom Stamm stehenbleiben konnte, um die Sicherheit zu gewährleisten. Er betont, dass grundsätzlich versucht wird, so wenig wie möglich vom Baum abzuschneiden. Das abgeschnittene Holz wird in der Stadtgärtnerei gehäckselt und anschließend an Betreiber von Hackschnitzelanlagen verkauft. Zur Linde im Stadtpark führt er aus, dass diese von Kronentrockniss befallen war – ein sehr gefährlicher Zustand, auf den die Stadt reagieren musste. Es wurden bewusst 4,00 Meter Stamm stehen gelassen, um Fledermäusen und Insekten in der Rinde einen geschützten Lebensraum zu bieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt, dass die Stadtverwaltung Deggendorf bereits geprüft hat, ob sich eine eigene Hackschnitzelanlage für das städtische Grün gut lohnen würde. Dies war jedoch wirtschaftlich nicht vertretbar.

Herr StR Tremel ist dankbar, dass das Thema Baumpflege im Gremium behandelt wird. Ihm ist es wichtig, dass keine Gefahren von den Bäumen ausgehen, um Schäden an Leib und Leben sowie an Sachwerten abzuwenden. Daher spricht er sich ebenfalls für eine Information der Öffentlichkeit über Baumfällungen aus. Er begrüßt, dass das Baumkataster vervollständigt wurde und erinnert daran, dass es früher üblich war, Weiden regelmäßig zur Holzgewinnung zurückzuschneiden. So wurden Weiden alle zehn bis fünfzehn Jahre in den Wintermonaten von Landwirten als Kopfweiden zurückgeschnitten, um Brennholz zu gewinnen. Herr Tremel betont, dass es sinnvoll ist, das Grün gut wirtschaftlich zu verwerten. Er erkundigt sich, ob es sich bei den rund 7.800 städtischen Bäumen um Straßenbegleitgrün oder auch um Waldflächen handelt.

Herr Schneider erläutert, dass die im Baumkataster erfassten Bäume markante Einzelbäume sind, jedoch ohne Waldflächen. Dazu zählen Bäume im Straßenbegleitgrün sowie bei städtischen Gebäuden und auf Grünflächen. Er erklärt, dass es für ihn keinen Sinn ergibt, Krautstauden im Kataster zu erfassen, nur um eine höhere Anzahl – beispielsweise 15.000 Bäume – anzugeben. Er hebt hervor, dass man auf die tatsächliche Anzahl der städtischen Bäume stolz sein könne.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier betont, dass Information und Transparenz im öffentlichen Bereich sehr wichtig sind. Ähnlich wie Herr Heilmann-Tröster spricht auch er sich dafür aus,

das Baumkataster online zu veröffentlichen, da dies bei den Bürgern sicherlich positiv aufgenommen würde. Er stellt die Frage, wie viele Bäume pro Tag kontrolliert werden können – bei fast 8.000 städtischen Bäumen wären das rechnerisch 16 pro Tag. Zudem erkundigt er sich, warum die Weiden ganz unten am Ufer des Bogenbaches auf Kopf zurückgesetzt wurden.

Herr Schneider erläutert, dass Herr Buchner als fester Mitarbeiter der Stadtgärtnerei täglich als Baumkontrolleur im Einsatz ist. Bei Jungbäumen auf dem städtischen Friedhof beträgt das Kontrollintervall zwei Jahre. Beim alten Baumbestand im Stadtpark reicht ein jährliches Intervall nicht aus, dort erfolgt die Kontrolle halbjährlich. Herr Buchner erfasst alle Daten digital und überträgt sie in das städtische Geoinformationssystem (GIS).

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser äußert sich kritisch zur Veröffentlichung des Baumkatasters. Er befürchtet, dass dies nicht als Zeichen von Transparenz wahrgenommen, sondern vielmehr zu Diskussionen in sozialen Medien darüber führen könnte, welcher Baum als „markanter Einzelbaum“ gilt. Er betont, dass sich Bürger jederzeit an die Stadtgärtnerei wenden können, um Informationen zu einzelnen Bäumen zu erhalten.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier schlägt vor, das Baumkataster testweise zu veröffentlichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser wiederholt seine Bedenken. Es handle sich dabei nicht um mangelnde Transparenz – die Bürger können jederzeit Auskunft erhalten.

Herr Schneider weist darauf hin, dass bei den Weiden am Bogenbach eine Abwägung zwischen der Verkehrssicherungspflicht und dem naturnahen Rückschnitt getroffen werden musste. Auch wenn von den Weiden in Ufernähe keine große Gefahr ausgeht, sei es durchaus möglich, dass sich dort am Bach Kinder aufhalten. Daher wurden die Weiden auf Kopf zurückgesetzt. Er betont, dass die Weiden nicht gefällt wurden – in zwei Jahren werden sie wieder baumartig gewachsen sein.

Herr StR Rothenwöhler bedankt sich bei der Stadtgärtnerei für die hervorragende Arbeit. Er weiß, dass Herr Schneider um jeden Baum kämpft. Aus eigener Erfahrung als erster Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Deggendorf berichtet er, dass die Feuerwehr in den Sommermonaten gelegentlich die Stadtgärtnerei bei der Bewässerung unterstützt. Er äußert den Wunsch, dass sich auch private Grundstückseigentümer so um ihre Bäume kümmern sollten wie die Stadt. Nach Stürmen werde die Feuerwehr häufig alarmiert, weil Äste oder ganze Bäume auf der Fahrbahn liegen – oft verursacht durch Misteln oder Totholz. Daher sei es wichtig, dass auch private Eigentümer ihrer Verantwortung nachkommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser berichtet über kontroverse Diskussionen zu einzelnen Baumfällungen in den sozialen Medien. Er lobt die Arbeit von Herrn Schneider und betont, dass die Bepflanzungen im Stadtgebiet und auch das Züchten der Pflanzen in der Stadtgärtnerei hervorragende Leistungen sind. Er stellt abschließend klar, dass es die richtige Entscheidung war, die Gärtnerei in Stephansposching zu kaufen.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 10.06.2025 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 4 Gegenstand:
 Kommunale Wärmeplanung;
 Vorstellung des aktuellen Sachstands und der Bestandsanalyse

Herr Laumbacher von der Energieagentur Regensburg e.V. hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt den Sachvortrag.

Herr StR Heilmann-Tröster weist darauf hin, dass die Umsetzung nicht von heute auf morgen erfolgt. Er fügt hinzu, dass bei der kommunalen Wärmeplanung etwas unternommen werden muss, da es hierfür eine gesetzliche Grundlage gibt. Er bringt vor, dass es aufgrund der aktuellen politischen Weltlage wichtiger wird, sich bei Gas- und Öllieferungen unabhängiger zu machen. Als Beispiel für eine potenzielle Wärmequelle nennt er die Flusswärme und berichtet, dass in Mannheim durch eine Flusswärmepumpe rund 3.500 Haushalte versorgt werden. Ein Vorteil der Flusswärme ist, dass die wärmer werdenden Flüsse dadurch gekühlt werden. Herr StR Heilmann-Tröster nennt als weitere potenzielle Wärmequelle Abwasser und führt aus, dass Studien besagen, dass allein aus dem Abwasser die Hälfte der Bundesrepublik beheizt werden könnte.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier möchte wissen, ob konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung dem Stadtrat nach Fertigstellung empfohlen werden.

Herr Laumbacher erklärt, dass es Teil der kommunalen Wärmeplanung ist, eine Verstetigungsstrategie zu implementieren. Dazu müssen Maßnahmen für die definierten Eignungsgebiete ausgeführt werden, was auch im Wärmeplanungsgesetz vorgeschrieben ist. Er teilt mit, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre Wirtschaftlichkeit aus Betreibersicht vorab geprüft werden. Im Rahmen der Verstetigungsstrategie wird es Maßnahmen, Zeitpläne, Controllingsysteme und Monitoring geben.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier informiert, dass die Stadt Deggendorf das Ziel hat, im Jahr 2035 klimaneutral zu sein und nicht erst im Jahr 2045. Er bittet um Auskunft, ob dies im Konzept zur kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt wurde.

Herr Laumbacher legt dar, dass über die Umsetzung bis zum Jahr 2035 gesprochen wird und die Fragestellung ob dies im Abschlussbericht beinhaltet sein wird. Er ist der Ansicht, dass eine zeitnahe Umsetzung nicht realistisch ist, da eine Transformation bei Wärmenetzen nicht von heute auf morgen möglich ist. Er schildert, dass die technische Umsetzung theoretisch morgen beginnen könnte, aber aus wirtschaftlicher Sicht ist das Ziel für 2035 ambitioniert.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier findet es interessant, dass Bürger aus dem Konzept der kommunalen Wärmeplanung keine Verpflichtung der Stadt Deggendorf ableiten können, ein Wärmenetz zu errichten. Aus seiner Sicht werden die Bürger mit der Entscheidung allein gelassen, wenn sie in nächster Zeit eine neue Heizung anschaffen wollen. Er erkundigt sich, welche Möglichkeiten Bürger haben, wenn sie eine neue Heizungsanlage benötigen und in einem Eignungsgebiet wohnen.

Herr Laumbacher erläutert, dass für Gebiete mit dezentraler Versorgung eine Übersicht an Maßnahmen mit Möglichkeiten bzw. Alternativen erstellt wird. Er macht klar, dass es keine

Garantie für den Ausbau eines Wärmenetzes in einem Eignungsgebiet gibt und somit durchaus möglich ist, dass dort kein Wärmenetz entsteht.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier ist sich bewusst, dass der Ausbau eines Wärmenetzes schwierig ist. Er bezweifelt, dass es einen Rechtsanspruch gegenüber der Stadt Deggendorf gibt, um ein Wärmenetz einzuklagen. Er stellt die Frage, weshalb die Solarthermie in der Potenzialanalyse sehr gering bewertet ist.

Herr Laumbacher verweist darauf, dass die Solarthermie immer in Konkurrenz zur PV-Nutzung der Dachflächen steht. Die Potenzialanalyse beruht auf Daten des Energie-Atlas Bayern; dieser berechnet die Potenziale für Photovoltaik und Solarthermie nach anerkannten Regeln der Technik und bietet somit eine annähernd gute Einschätzung der Potenziale. Herr Laumbacher trägt vor, dass Photovoltaikanlagen rentabler sind als Solarthermie, da PV-Anlagen die bessere Energieform erzeugen – aus Strom kann Wärme erzeugt werden, aber nicht umgekehrt. Ein weiterer Vorteil von PV-Anlagen ist, dass sie günstiger und wirtschaftlicher sind als Solarthermie. Aus diesem Grund wird das Potenzial der Solarthermie nicht so hoch eingeschätzt. Herr Laumbacher beschreibt, dass sich Solarthermie im Einzelfall als Unterstützung zur Heizung rentieren kann. Bei der kommunalen Wärmeplanung handelt es sich um ein Konzept und nicht um eine konkrete Empfehlung für jedes einzelne Haus. Die kommunale Wärmeplanung verfolgt die Idee, ein Wärmenetz gebietsbezogen zu entwickeln.

Herr StR Rothenwöhrer richtet an Herrn Laumbacher die Frage, ob es sich bei den Potenzialen für die Wärmepumpe um eine zentrale Wärmepumpe für das ganze Gebiet handelt oder ob jedes Haus eine eigene betreibt, wobei nur der Strom zu den Gebäuden gebracht wird. Er möchte in Erfahrung bringen, ob ein theoretisches Wärmenetz auch nur ein Stromnetz sein kann, damit ein ganzes Stadtviertel Wärmepumpen betreiben kann.

Herr Laumbacher übermittelt, dass das System Wärmepumpe generell sinnvoll ist. Eine zentrale Wärmepumpe ergibt in einem Wärmenetzgebiet Sinn, während in dezentralen Gebieten jedes Gebäude eine eigene haben kann. Er antwortet, dass es hypothetisch ein guter Gedanke sei, jedoch müsse hierzu die Netzdienlichkeit genauer betrachtet werden, weshalb eine praktische Umsetzung sehr schwierig ist. Eine bessere Quartierslösung – vor allem bei Neubaugebieten – ist die kalte Nahwärme, bei der jedes Gebäude eine Grundwasserwärmepumpe erhält, die zentral gesteuert wird.

Frau StRin Goller bittet um Auskunft, wann die Bürger über die kommunale Wärmeplanung informiert werden und in welchem Gebiet sie wohnen, damit sie sich Gedanken machen können, auf welche Wärmequelle sie künftig setzen wollen. Sie erhofft sich, dass man den Tausch der alten Heizung hinauszögern kann, bis ein Wärmenetz errichtet wird.

Herr Laumbacher antwortet, dass nach der Ausarbeitung des Konzepts Informationsveranstaltungen möglich sind. Er führt weiter aus, dass es wenig Sinn ergibt, darauf zu hoffen, dass ein Wärmenetz errichtet wird, wenn die Heizung zeitnah ersetzt werden muss. Die Wärmenetzgebiete werden in der kommunalen Wärmeplanung definiert, weil sie auf Grundlage von Kriterien als sehr wahrscheinlich geeignet gelten. Die konkrete Umsetzung erfolgt erst, wenn sie vom Gremium beschlossen und ausgeschrieben wird. Anschließend wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, bevor eine Förderung beantragt werden kann, denn ohne Förderung ist kein Wärmenetz wirtschaftlich. Ein neu ausgelegtes Wärmenetz wird erst nach 20 bis 25 Jahren wirtschaftlich, weshalb es ohne Förderung für Betreiber nicht lohnenswert ist. Er

gibt den Tipp, dass Hoffen und Warten keinen Sinn ergibt und es sinnvoller ist, die Heizung zu erneuern. Außerdem steht das Wärmenetz immer in Konkurrenz zu dezentralen Lösungen, bei denen sich jeder selbst versorgt.

Frau StRin Goller erwidert, ob es nicht Ziel der kommunalen Wärmeplanung sei, den Bürgern Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. Sie möchte wissen, wann es so weit ist.

Herr Busch entgegnet, dass die kommunale Wärmeplanung nach gesetzlichen Vorgaben erarbeitet wird, die eine Bürgerbeteiligung und -information vorsehen, welche auch im Zeitplan integriert sind. Er sieht die unterschiedlichen Erwartungshaltungen als problematisch, da die Stadt Deggendorf nur die konzeptionelle Ebene liefern kann und nicht die konkrete Umsetzung für jedes einzelne Grundstück. Zunächst werden allgemeine Informationen vorgestellt, die eine erste Entscheidungshilfe darstellen sollen. Herr Busch gibt bekannt, dass die Information der Bürger Teil des Prozesses der kommunalen Wärmeplanung ist. Das Konzept soll im Frühjahr 2026 fertiggestellt sein, davor ist die Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Herr StR Kilger hat den Eindruck, dass Wärmepumpen sehr hohe Stromkosten verursachen, da der Fokus auf Wärmepumpen gelegt wird, weil das Potenzial bei Photovoltaikanlagen am größten ist. An sich hat eine Wärmepumpe einen geringen Stromverbrauch, der im Sommer durch PV gedeckt werden kann. Er vertritt den Standpunkt, dass im Winter eine zusätzliche Stromversorgung über das Netz notwendig wird. Aus eigener Erfahrung sagt er, dass ein Fernwärmenetz für Privatpersonen kaum wirtschaftlich ist. Auch wenn sich mehrere Private zusammenschließen, wird es meist nur kostendeckend betrieben.

Herr Laumbacher referiert, dass der Fokus bei den Strompotenzialen auf Photovoltaikanlagen und bei den Wärmepotenzialen auf Biomasse liegt. Die Wärmepumpe wird mitbetrachtet, wegen des hohen Strompotenzials durch PV. Somit wird netzdienlich gearbeitet, und die Effizienz ist höher als bei einer rein elektrischen Heizung. Er erklärt das Prinzip einer Wärmepumpe und ergänzt, dass der Einbau vom Einzelfall abhängt. Herr Laumbacher erläutert, dass Wärmenetze nie wirtschaftlich sind und vor der Umsetzung eine Wirtschaftlichkeitsrechnung aus Betreibersicht erfolgt. In die Berechnung fließen Marktpreise ein, und es wird mit dezentralen Lösungen verglichen. Ein Wärmenetz kann wirtschaftlich sein, wenn eine Förderung vorhanden ist und die Anschlussquote hoch genug ist. Er vergleicht dies mit dem Gasnetz – je weniger Haushalte Gas beziehen, desto uninteressanter wird es für Betreiber.

Herr StR Heimann-Tröster versteht die Skepsis gegenüber der Wärmepumpe nicht, denn diese arbeitet sehr effektiv. Er beschreibt, dass möglichst viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden soll, um mit dem dadurch erzeugten Strom die Wärmepumpen zu betreiben. Zudem wird durch die Wärmepumpe nicht nur die Heizung betrieben, sondern auch das Warmwasser erhitzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser meint, dass die Substanz der Immobilie für den Betrieb einer Wärmepumpe entscheidend ist. Er ist der Ansicht, dass Eigentümer bei nicht sanierten Immobilien mit einer Wärmepumpe nicht zufrieden sein werden. Die Gebäude müssen energetisch in einen Zustand gebracht werden, in dem eine Wärmepumpe sinnvoll ist. Er schildert, dass die Stadt Deggendorf den Bestand analysieren will, um anschließend die Möglichkeiten zu besprechen. Letztendlich muss jeder Eigentümer selbst entscheiden, welche Wärmequelle er für richtig hält.

Herr StR Kilger stellt den Vergleich mit einer Pelletsheizung in einem nicht isolierten Gebäude auf, da hier ebenfalls eine große Menge an Pellets benötigt wird, weil die Wärme nicht gespeichert werden kann. Ähnlich sieht er es bei einer Wärmepumpe in einem nicht isolierten Gebäude, da dort sehr viel Strom benötigt wird. Er befürchtet, dass bei sehr kalten Wintern die Stromkosten stark steigen, da die Photovoltaikanlage nicht genügend Strom produziert, um die Wärmepumpe zu betreiben.

Herr Laumbacher stellt klar, dass es bei den Wärmepotenzialen keine Monopolstellung für eine einzelne Wärmequelle gibt, sondern ein Mix aus allen Wärmepotenzialen am effektivsten ist. Eine Wärmepumpe kann bis zu einer Temperatur von -40°C unter den richtigen Voraussetzungen effizient und wirtschaftlich betrieben werden. Außerdem ist auch die Biomasse eine hervorragende und einfache Wärmequelle. Er gibt bekannt, dass die Summe aller Wärmepotenziale den gesamten Wärmebedarf decken kann, was mit der kommunalen Wärmeplanung und der Potenzialanalyse dargestellt werden soll. Herr Laumbacher sagt, dass für jedes Gebäude eine individuelle Lösung gefunden werden muss. Darüber hinaus sind es noch 20 Jahre, bis man klimaneutral heizen muss – das gibt dem einzelnen Hausbesitzer Zeit, sein Haus energetisch aufzuwerten und privatwirtschaftlich zu handeln, um Verantwortung zu übernehmen. Diese Verantwortung kann weder der Staat noch eine Kommune übernehmen.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 10.06.2025 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 5 Gegenstand:
 Stechmückenbekämpfung in Deggendorf

Frau Watzek hält den Sachvortrag zur Beschlussvorlage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Moser ergänzt den Sachvortrag.

Es wurden keine Fragen gestellt.

Der Tagesordnungspunkt wird laut Beschlussvorschlag vom 10.06.2025 **zur Kenntnis genommen.**

TOP 6 Gegenstand:
 Anfragen

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier weist auf den Zeitungsartikel im Donau-Anzeiger hin und möchte wissen, warum das Zieljahr der Klimaneutralität auf 2045 verlegt worden ist und ob dies aufgrund der Potenzialanalyse der verwendeten Bilanzierungssoftware geschehen ist. Er möchte wissen, ob das Ziel aufgegeben werden muss, dass die Stadt Deggendorf bis zum Jahr 2035 klimaneutral wird.

Herr Stricker führt aus, dass vom Fördermittelgeber das Zieljahr 2045 vorgegeben wurde. Der Bilanzierungsstandard BSKO (Bilanzierungssystematik Kommunal) ist eine Fördervorgabe des Integrierten Klimaschutzkonzepts. Es ist mit BSKO nicht möglich, vor dem Jahr 2045 klimaneutral zu werden, da beispielsweise der Bundesstrommix mit einfließt, den eine Kommune kaum beeinflussen kann. Herr Stricker entgegnet, dass man andere Bilanzierungsmethoden verwenden könnte, um das Ziel zu erreichen. Er wiederholt, dass es aufgrund der Förderung nicht möglich war, ein anderes Bilanzierungssystem zu verwenden.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier will in Erfahrung bringen, was passiert, wenn man an dem einstimmigen Stadtratsbeschluss nicht festhalten kann, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Für ihn bedeutet das, dass im Integrierten Klimaschutzkonzept die Prognosen für das Jahr 2045 auf das Jahr 2035 heruntergebrochen werden müssen. Herr StR Prof. Dr. Grabmeier legt dar, dass mit dem Ergebnis der BSKO-Auswertung das Ziel für 2035 nicht erreichbar ist.

Herr Stricker teilt mit, dass das Integrierte Klimaschutzkonzept versucht, die Potenziale abzubilden, die in Deggendorf umsetzbar sind. Des Weiteren rechnet das Programm mit konzeptionellen Werten. Laut Bilanzierungsprogramm BSKO gibt es in Deggendorf keine Potenziale, um vor dem Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Herr Stricker übermittelt, dass im Integrierten Klimaschutzkonzept zu lesen ist, dass das Ziel für 2035 für das gesamte Stadtgebiet nicht eingehalten werden kann. Er ergänzt, dass die Stadtverwaltung selbst bis 2035 klimaneutral werden soll.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier erkundigt sich, ob das Ziel für das Jahr 2035 erreicht werden kann, wenn man die Autobahnen herausrechnet.

Herr Stricker erklärt, dass die Autobahnen in der Bilanzierungssoftware BSKO enthalten sind, und es ist sehr schwierig, im Ergebnis zu berücksichtigen, ob die Treibhausgasemissionen der Autobahnen noch im Jahr 2045 vorhanden sein werden. Auch wenn die Autobahnen nicht berücksichtigt werden, wird es schwer sein, klimaneutral zu werden.

Frau Watzek hat den Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2021 zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 herausgesucht und zitiert diesen. Ihr ist bewusst, dass man über die Auslegung des Beschlusses diskutieren kann. Im Integrierten Klimaschutzkonzept steht klar drin, dass sich die Stadtverwaltung Deggendorf darauf fokussiert, bis zum Zieljahr 2035 klimaneutral zu werden. Sie verweist auf die Aussagen von Herrn Stricker und ergänzt, dass es im gesamten Stadtgebiet viele Bereiche gibt, die die Stadtverwaltung nicht beeinflussen kann – zum Beispiel die Autobahnen, Wasserstraßen und die Bahn. Es wird immer einen Rest an Treibhausgasen geben, die dann kompensiert werden müssen. Frau Watzek macht klar, dass man sich Gedanken machen muss, ob und zu welchem Zeitpunkt man Geld für Kompensation ausgibt. Sie schildert die Überlegungen, ob es sinnvoller ist, das Ziel der Klimaneutralität zu verschieben und

stattdessen das Geld für andere Maßnahmen zu nutzen, um vor Ort die Treibhausgasemissionen zu senken.

Herr StR Prof. Dr. Grabmeier berichtet, dass es einen Unterschied bei den Treibhausgaseinsparungen zwischen dem kleinen Teil der Stadtverwaltung und beispielsweise den Autobahnen gibt – dazwischen sei noch viel zu tun.

Frau Watzek erwidert, dass das breite Feld dazwischen nicht unbearbeitet bleibt und nennt als Beispiel die kommunale Wärmeplanung. Zudem stehen im Integrierten Klimaschutzkonzept weitere Maßnahmen zur Treibhausgasminderung.

Bei Frau StRin Goller ist der Eindruck entstanden, dass die Stadt Deggendorf schneller klimaneutral sein möchte, als dies mit dem Bilanzierungsprogramm BSKO (Bilanzierungssystematik kommunal) möglich ist.

Herr Stricker erläutert, dass der Bilanzierungsstandard BSKO eine Vorgabe der Förderung war – zum einen für die Stelle des Klimaschutzmanagers und zum anderen für das Integrierte Klimaschutzkonzept. Das Integrierte Klimaschutzkonzept ist fertiggestellt und veröffentlicht, jetzt kann man andere Bilanzierungssysteme verwenden. Er sieht es jedoch als problematisch an, ein neues System zu verwenden, da die Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben wäre und es auch keinen Sinn mache, Ziele bis zum Jahr 2035 zu setzen, die praktisch nicht umzusetzen sind. Herr Stricker fügt hinzu, dass er in seiner Masterarbeit eine alternative bzw. ergänzende Bilanzierungsmethodik erarbeitet hat, an der man sich zukünftig orientieren könnte. Hier werden lokale Anstrengungen besser ersichtlicher, was künftig berücksichtigt werden kann. Trotz allem wird es schwierig sein, das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen – dies ist nur mit großen Anstrengungen möglich.

Frau StRin Goller stellt die Frage, weshalb das Integrierte Klimaschutzkonzept nicht beschlossen wurde, sondern nur zur Kenntnis genommen worden ist.

Herr Busch erklärt, dass ein solches Konzept eine wissenschaftliche Arbeit ist, die Erkenntnisse aus Datenerhebungen zusammenfasst und bewertet und somit Grundlage weiterer Entscheidungen ist. Diese Konzepte werden deshalb in der Regel auch durch oder unter Hinzuziehung von externen Gutachtern erarbeitet. Seit einigen Jahren wurde daher dazu übergegangen, diese gutachterliche Arbeit – die entsprechend auch nicht verändert werden kann – zur Kenntnis zu nehmen und auf der Basis des Gutachtens die Maßnahmenumsetzung entweder zu beschließen oder die Verwaltung zu beauftragen, die Umsetzung auf Grundlage der einzelnen Maßnahmenvorschläge in Angriff zu nehmen und – sofern eine gesonderte Beschlussfassung, z. B. aus Finanzierungsgründen, erforderlich ist – dem zuständigen Gremium wieder vorzulegen.

Herr Oberbürgermeister bringt vor, dass am Donnerstag im Verkehrsausschuss Maßnahmen mit verkehrsrechtlicher Anordnung aus dem Radwegekonzept beschlossen werden. Er hält es nicht für sinnvoll, alle Maßnahmen des Radwegekonzepts auf einmal zu beschließen, sondern jede einzelne Maßnahme, um darüber diskutieren zu können. Für ihn ist das die aktive Umsetzung des Konzepts.

Abgeschlossen mit TOP 6 der TO. Vorstehende Beschlüsse sind laut Art. 51 GO rechtsgültig zustande gekommen.

Deggendorf, 06.08.2025

STADT DEGGENDORF

Dr. Christian Moser
Oberbürgermeister

Theresa Hiendl
Schriftführerin